

Winfried Schneider-Deters

Ukrainische Schicksalsjahre 2013–2019

Band 1

Der Volksaufstand auf dem Majdan
im Winter 2013/2014



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist keine theoriegeleitete, eher eine narrative Analyse der Geschehnisse in den Jahren 2013 bis 2019 *in der – und um die – Ukraine*.¹ Sie schöpft aus wissenschaftlicher Literatur, aus offiziellen Dokumenten und amtlichen Veröffentlichungen und aus einer Vielfalt von aktuellen Nachrichten in gedruckten und digitalen Medien. (Die Aussagen über Ereignisse während des „Majdan“ beruhen auch auf eigenen Erlebnissen des Autors, der selbst vom Beginn des Volksaufstandes bis zu seinem Ende vor Ort war.) Es wurde nicht der Versuch gemacht, das empirische Material und seine Analyse in den geschlossenen theoretischen Rahmen konkurrierender Lehrmeinungen von Neorealisten, Neoinstitutionalisten, Liberalen und Sozialen Konstruktivisten etc. auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen zu zwängen. Die Arbeit ist auch nicht rein chronologisch; die zeitliche Abfolge wird häufig thematisch unterbrochen.

Der Autor unterstellt dem Leser² ein Minimum an Vorinformation durch seriöse Medien. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis und zahlreiche Querverweise ermöglichen die Benutzung des Buches als Nachschlagewerk. Zu diesem Zweck werden die Vollformen von Abkürzungen, die Übersetzungen von ukrainischen und russischen Begriffen u. ä. nicht nur beim ersten Mal ihres Auftretens angegeben, sondern im laufenden Text wiederholte Male.

Abriss des Inhalts

Die Jahre 2013 bis 2019 (insbesondere die Jahre 2013, 2014 und 2015) waren für die Ukraine „schicksalhaft“ und fast von gleichrangiger Bedeutung wie die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit im Jahre 1991; denn in diesen Jahren drohte sie ihre Unabhängigkeit, die ihr kampflos durch die Auflösung der Sowjetunion in den Schoß gefallen war, wieder zu verlieren.

Ein anfangs friedlicher, am Ende blutiger Volksaufstand – der „Majdan“ – stürzte das kleptokratische Regime des Präsidenten Viktor Janukowytsch; hätte es fortbestanden, wäre die Ukraine wieder unter die Kuratel Moskaus geraten. Nach dem „Majdan“ drohte der Ukraine eine Spaltung durch eine von Moskau angestiftete und gesteuerte secessionistische Bewegung der mehrheitlich russischsprachigen urbanen Bevölkerung im Osten und Süden des Landes. In einem völkerrechtswidrigen, militärisch abgesicherten „Coup“ annektierte die Russländische Föderation die (bis dato) „Autonome Republik Krim“, deren Zugehörigkeit zur Ukraine sowohl international als auch bilateral (d.h. zwischen der Ukraine und Russländischen Föderation) rechtlich verbrieft ist. Das von dem gescheiterten Sezessionsprojekt

- 1 In seiner zeitlichen Dimension ist sie die Fortsetzung des im Jahre 2012 erschienenen Buches des Autors: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, Berlin (Berliner Wissenschafts-Verlag) 2012.
- 2 Um den Lesefluss zu erleichtern, verzichtet der Autor auf „geschlechtergerechte“ Doppelnennungen und auf den „gender-gap“, das große „I“, das „Gender-Sternchen“ (*) etc. dort, wo das Geschlecht (Sexus) irrelevant ist, und verwendet das generische Maskulinum.

„Neurussland“ („Novaja Rossija“) übrig gebliebene Sezessionsterritorium der beiden international – und selbst von Moskau – nicht anerkannten „Volksrepubliken“ auf dem Gebiet des ukrainischen Kohlereviers „Donbass“ (ukr.: „Donbas“), die „Donezker Volksrepublik“ („Doneckaja [Donec]kaja Narodnaja Republika“/„DNR“) und die „Lugansker Volksrepublik“ („Luganskaja Narodnaja Republika“/„LNR“) hat sich durch totale Russifizierung de facto in eine Exklave der Russländischen Föderation verwandelt, die wie eine Besatzungszone mit einheimischen Kollaborateuren verwaltet wird. Im Donbass führt die Russländische Föderation zusammen mit einheimischen Auxiliartruppen einen nicht erklärten Krieg gegen die ukrainische Armee. Die hybride Aggression der Russländischen Föderation im ukrainischen Donbass inszeniert das moderne Drehbuch „Vom hybriden Krieg“ des Generalstabschefs der russländischen Streitkräfte, Valerij Vasil'evič Gerasimov.

Bis in die Gegenwart (2019) stand – und steht – die Ukraine am Rande eines regelrechten Krieges mit Russland. Die befürchtete militärische Invasion ist zwar bislang ausgeblieben; doch Moskaus Drohung mit Krieg („voennij faktor“) als Instrument seiner „Europa-Politik“ produziert in der Ukraine den beabsichtigten Effekt: eine permanente Kriegsangst.³

Die von Präsident Putin vorgebrachte Begründung für die militärische Unterstützung der Irredenta auf der Krim und für die angedrohte militärische Invasion der Ukraine, nämlich die angebliche Bedrohung der ethnisch russischen – und russischsprachigen ethnisch ukrainischen (!) – Bevölkerung in den östlichen und südlichen Landesteilen durch „faschistische Terroristen“ aus der Westukraine ist eine „Große Lüge“.⁴ Lev Gudkov, der Direktor des respektierten unabhängigen Meinungsforschungs-instituts „Levada Zentrums“ (Analitčeskij Centr Jurija Levady), sagte, in der ganzen post-sowjetischen Periode habe er nichts gesehen, was an Intensität und Aggressivität der Propaganda in den staatlich kontrollierten (russischen) Medien gleich komme.

Erzählt werden die eigentlichen „Schicksalsjahre“ von 2013 bis 2015 in zwei zusammenhängenden Bänden. Während sich der erste Band mit der Geschichte und den Hintergründen des Volksaufstands auf dem Majdan ab 2013 beschäftigt, widmet sich Band Zwei der russischen Annexion der Krim wie auch dem folgenden Krieg im Donbass. Thematische Extensionen reichen bis in das Jahr 2019 – und enden im ersten Quartal des Jahres 2020, in welchem der Ausbruch der Corona-Virus-Pandemie eine „natürliche“ Zäsur bildet.

-
- 3 In der Hauptstadt Kiew und in der Mitte des Landes fänden einmarschierende russische Soldaten keine Unterstützung in der Bevölkerung; in der Westukraine würde sich möglicherweise eine neue „UPA“ formieren, eine „Ukrainische Aufständische Armee“, die einen Partisanenkampf gegen eine russische Okkupation entfesseln würde. Die historische „UPA“ kämpfte im II. Weltkrieg gegen die Rote Armee (und gegen die deutsche Wehrmacht) – und bis 1954 gegen den NKWD. Ob sich im Osten und Süden der Ukraine genügend russischsprachige Ukrainer und ethnische Russen finden würden, die einer russischen Invasionsarmee den Schein einer „Schutztruppe“ verleihen könnten, ist keineswegs sicher – und eher unwahrscheinlich.
- 4 Hier passt die häufig zitierte Erkenntnis des Meisters der Lüge: „Wenn man eine große Lüge erzählt und sie oft genug wiederholt, dann werden die Leute sie am Ende glauben.“ Adolf Hitler: Mein Kampf, 10. Kapitel, Ursachen des Zusammenbruchs, S. 252. Zentralverlag der NSDAP, Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., 851.–855. Auflage, München 1943.

Der vorliegende erste Band gliedert sich in drei Abschnitte: Von der offenen Konkurrenz zwischen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation um die Integration der Ukraine ab 2013 in Teil Eins über den Volksaufstand auf dem Majdan gegen das Regime Janukowytsch im zweiten Teil bis hin zum folgenden parlamentarischen Machtwechsel in Teil Drei.

Im ersten Teil, „Brüssel und Moskau – Integrationskonkurrenz um die Ukraine“, wird die „Integrationskonkurrenz“ zwischen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation um die Ukraine behandelt, die im Jahre 2013 offen ausbrach.⁵ Nach den zähen Verhandlungen über die Bedingungen der Europäischen Union für die Unterzeichnung des – bereits im ersten Halbjahr 2012 paraphierten – Assoziierungsabkommens vollzog der ukrainische Präsident Janukowytsch wenige Tage vor der geplanten Unterzeichnung im November 2013 in Vilnius – nach mehreren Geheimtreffen mit dem russischen Präsidenten Putin – eine überraschende Kehrtwende. Präsident Janukowytsch ließ seinen Premierminister Mykola Azarov die Vorbereitungen der Unterzeichnungszeremonie anhalten.

Fast bis zuletzt hatte Präsident Janukowytsch selbst die „historische Entscheidung für Europa“ vertreten und die Parlamentsfraktion seiner russophilen „Partei der Regionen“ auf die Assoziierung mit der Europäischen Union eingeschworen – ob aus Überzeugung oder um sich seine Unabhängigkeit vom Kreml zu bewahren, ist nicht klar.

Der russische Präsident Putin hatte seinem ukrainischen Kollegen mit einem kurzfristigen Kredit in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar „den Schneid abgekauft“ – und dessen Regierung vor dem befürchteten „defolt“ (default⁶), der internationalen Zahlungsunfähigkeit gerettet. Welche „Daumenschrauben“ der ehemalige Geheimdienst-Offizier Putin ihm insgeheim anlegte, wurde nicht bekannt. Der ukrainische Präsident Janukowytsch jedenfalls degradierte sich selbst zum Statthalter des russischen Präsidenten Putin in der Ukraine – und Russland schien in der Integrationskonkurrenz mit der Europäischen Union um die Ukraine gewonnen zu haben.

Die Ukraine war von der Europäischen Union – ungeachtet anderslautender rhetorischer Belehrungen – praktisch vor die „strategische Wahl“ gestellt worden, zwischen europäischer und *eurasischer* Integration zu entscheiden. Von Seiten Brüssels war kein Versuch unternommen worden, Russlands legitimes ökonomisches Interesse an der Ukraine zu berücksichtigen – geschweige denn durch eine pan-europäische „Synthese“, konkret durch einen

5 Für eine detaillierte Beschreibung der „Ukraine-Politik“ der Europäischen Union und der „Euro-Integrationspolitik“ der Ukraine ab Mitte des Jahres 2012 bis Mitte des Jahres 2013 siehe: Winfried Schneider-Deters: Die Ukraine im Zentrum jeder Osteuropapolitik, in: Erich Reiter (Hg.): Die strategische Lage im Osten der EU, Wien (Internationales Institut für Liberale Politik/IILP), Mai 2014, S. 35–72. Internet-Buch: <Die strategische Lage im Osten der EU.pdf>. Projekt: Die gestalterischen Möglichkeiten der EU, Österreichs und der ostmitteleuropäischen Staaten angesichts der strategischen Lage im Osten der EU. Internationales Institut für Liberale Politik/IILP; Direktion für Sicherheitspolitik des sicherheits- und verteidigungspolitischen Beratungsgremiums des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport, des Generalstabschefs des Österreichischen Bundesheeres und anderen Dienststellen des Ministeriums.

6 Der englische Terminus ist als ein gängiges Fremdwort in die ukrainische (und russische) Sprache eingegangen.

gemeinsamen Freihandelsraum zwischen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation bzw. Moskaus *eurasischen Konstruktionen* den Interessenkonflikt zu überwinden.

Kiew war im Jahre 2013 nicht nur den wirtschaftlichen Drohungen und Lockungen aus Moskau ausgesetzt, sondern auch den Vorbehalten bezüglich der Assoziierung der Ukraine seitens einiger EU-Mitgliedsländer – und zwar wegen der massiven demokratischen Defizite des Regimes Janukowytsch – namentlich auch wegen der „Causa Tymoschenko“; an diesem politischen Justizskandal drohte die Unterzeichnung seitens der Europäischen Union zu scheitern, d. h., auch die Europäische Union stand vor der historischen Entscheidung, „to sign or not to sign ...“. Es war fast bis zuletzt nicht die Frage, ob Präsident Janukowytsch das Assoziierungsabkommen in Vilnius unterzeichnen würde, sondern ob die Europäische Union dies tun würde. Die finale Phase „vor Vilnius“ war ein Assoziierungspoker zwischen Kiew und Brüssel.

Der „historische Gipfel“ am 29. November 2013 in Vilnius scheiterte dann aber an der Absage des ukrainischen Präsidenten Janukowytsch. Es war diese „Ermordung eines Traums“ (Mustafa Najjem) der ukrainischen Jugend, mit der Janukowytsch den „Euro-Majdan“ auslöste.

Der Protest gegen die „Abkehr von Europa“ wandelte sich schnell in einen Volksaufstand gegen das kleptokratische Regime des Präsidenten Janukowytsch – der anfängliche „Euro-Majdan“ in den „Majdan“ (Siehe Teil II).

Das Assoziierungsabkommen mit dem wirtschaftlichen „Deep and Comprehensive Free Trade Agreement“/„DCFTA“ wurde nach dem Sieg des „Majdan“ und nach der Flucht des Präsidenten Janukowytsch in Etappen unterzeichnet und ratifiziert.

Im zweiten Teil, „Der ‚Majdan‘ – der Volksaufstand gegen das kleptokratische Regime Janukowytsch“, wird die Entstehung und Entwicklung der „Majdan-Bewegung“ geschildert – und „bewertet“.⁷ Der anfangs friedliche „Majdan“ fand am 18. und 20. Februar 2014 ein blutiges Ende, als Scharfschützen gezielt auf – mit Sperrholzschildern und Holzknüppeln „bewaffnete“ – Straßenkämpfer schossen. Die schlüssige Aufklärung des Massakers scheiterte an der Unfähigkeit – oder Unwilligkeit? – der ukrainischen Ermittlungsbehörden.

Der (Euro-)Majdan begann am 21. November 2013 absolut friedlich; erst am 19. Januar 2014 brach, nach der Verhängung von „Notstandsgesetzen“, Gewalt aus. An diesem Tag gab es auch die ersten Todesopfer unter den Aufständischen. In der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember (2013) harrten etwa 300 jugendliche Demonstranten auf dem Majdan, auf dem Unabhängigkeitsplatz aus, auf dem am Tage eine große Protestdemonstration gegen die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union stattgefunden hatte. Die jungen Leute wurden in den nächtlichen Morgenstunden von der „Bereitschaftspolizei“, dem sogenannten „Berkut“ mit brutaler Gewalt zusammengeschlagen. Die

7 Wohl kaum ein politisches Ereignis wurde bildlich (durch Fotos und Videos) so vollständig dokumentiert wie der „Majdan“. Für alle Aussagen über die Straßenschlachten findet sich im Netz eine Unzahl von Bildbeweisn.

gestreamten Videos ihrer blutüberströmten „Kinder“ empörte die Kiewer Bevölkerung, die sich daraufhin zu Hunderttausenden auf dem „Majdan Nezaležnosti“, dem „Platz der Unabhängigkeit“, versammelte, um gegen „die Bande“, gegen Janukowytsch und seine Scherben, zu protestieren. Der Aufstand breitete sich im ganzen Land aus – insbesondere aber im Westen und im Zentrum der Ukraine.

Während sich offizielle Repräsentanten der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten mit dem „Euro-Majdan“ solidarisierten, nannte der russische Präsident Putin den Volksaufstand ein „Pogrom“. Doch der „Majdan“ war keine anti-russische Bewegung: „Wir lieben die Russen, aber verachten Putin“ wurde von einem (an dem „eisernen Tannenbaum“ auf dem Unabhängigkeitsplatz, dem Majdan, aufgehängten) großen Plakat verkündet.

Am 28. Januar 2014 kam es mit dem Rücktritt des Premierministers Mykola Azarov zu einer Teil-Kapitulation des Regimes; die „Notstandsgesetze“, die am 16. Januar 2014 durch das Parlament gepeitscht worden waren, wurden zurückgenommen.

Die von Oppositionspolitikern ausgerufene „friedliche Offensive“ der außer-parlamentarischen Opposition am 18. Februar 2014 wurde vom Regime mit einer gewaltsamen Offensive des „Berkut“, der (kasernierten) Sondereinheit der Miliz, beantwortet, die zu einer Straßenschlacht im Zentrum von Kiew führte. In der Nacht vom 18. auf den 19. Februar stürmte der „Berkut“ das verbarrikadierte Zeltdorf auf dem Majdan (auf dem „Platz der Unabhängigkeit“) und brannte dieses zur Hälfte nieder. Nicht identifizierte Angehörige der Miliz oder der „Binnentruppen“ des Innenministeriums legten Feuer im obersten Stockwerk des am Majdan gelegenen „Hauses der Gewerkschaften“, in welchem der „Majdan“ sein „Hauptquartier“ hatte – und in welchem Dutzende verwundete „Verteidiger des Majdan“ lagen. Am 18. und 20. Februar erschossen Scharfschützen an die einhundert „Verteidiger des Majdan“ in der (auf den Majdan führenden) Instytuts'ka-Straße.

Der Einsatz von massiver Gewalt durch das Regime Janukowytsch bewog die Regierungen in Paris, Berlin und Warschau, in Kiew schlichtend einzugreifen. Durch ihre Vermittlung wurde zwischen dem Präsidenten Janukowytsch und den Vorsitzenden der drei parlamentarischen Oppositionsfaktionen ein „Friedensabkommen“ geschlossen. Gleich nach der Unterzeichnung der Vereinbarung floh Präsident Janukowytsch mit einem Hubschrauber aus der Stadt. Umgehend wurde von der – bisherigen – Opposition (mit Hilfe der Stimmen von Überläufern) in der „Werchowna Rada“ der wichtigste Punkt des Abkommens umgesetzt: Die Rückkehr zur Verfassung von 2004 – nicht aber die Beteiligung der „Partei der Regionen“ an einer Koalitions-„Regierung der nationalen Versöhnung“, wie es das „Friedensabkommen“ vorsah.

Nach der Flucht des Präsidenten Janukowytsch (über die Krim nach Russland) vollzog sich in der Werchowna Rada ein entscheidender Seitenwechsel. Große Teile der Abgeordneten der bisherigen (Regime-)„Partei der Regionen“ stimmten mit der bisherigen Opposition, sodass überwältigende Mehrheiten bis zu Dreivierteln der Stimmen für die Eilgesetze, mit denen der Machtwechsel legitimiert wurde, zustande kamen.

Das „Volk des Majdan“, die aufständische Menge auf dem Platz der Unabhängigkeit (dem „Majdan Nezaležnosti“), wo am Tage des „Friedensschlusses“ Trauer über die „Himmlische Hundertschaft“, die fast einhundert erschossenen „Verteidiger des Majdan“ herrschte, lehnte das von den parlamentarischen Oppositionspolitikern ausgehandelte „Friedensabkommen“ ab.

In der außerordentlichen Sitzung des Parlaments am 20. Februar wurde die von dem Regime in Gang gesetzte „Antiterroristische Operation“ („ATO“) gegen die Aufständischen im ganzen Land sofort angehalten. Der Abzug der Sicherheitskräfte des Regimes aus dem Zentrum von Kiew glich einer „geordneten Fahnenflucht“, die den Aufständischen die kampflose Einnahme des Regierungsviertels ermöglichte.

Nach der Flucht des Präsidenten flohen auch seine Komplizen in Scharen ins Ausland. Der erbärmliche Fernsehauftritt des flüchtigen Präsidenten Janukowytsch in Rostow am Don (Russland) zeugte von seinem totalen Realitätsverlust.

Der dritte Teil, „Der parlamentarische Machtwechsel“, befasst sich mit der Machtübernahme durch die bisherige parlamentarische Opposition. Der Machtwechsel in Kiew war ein „regime change“, aber kein „Staatsstreich“, wie von russischer Seite hartnäckig behauptet wird; er war eine „parlamentarische Machtergreifung“, die nach der Flucht des Präsidenten Janukowytsch per Eilgesetzgebung mit „konstitutionellen“, d.h. verfassungsgebenden/verfassungsändernden Zweidrittelmehrheiten von der Werchowna Rada legitimiert wurde. Ein zentraler legislativer Akt war die Rückkehr zur parlamentarisch-präsidialen Verfassung von 2004.

Von Seiten des „Westens“ wurde die neue Macht in Kiew prompt anerkannt, während sie von russischer Seite als „Junta“ diskreditiert wurde (doch ohne dass die diplomatischen Beziehungen abgebrochen worden wären). Durch die vorgezogene Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 und eine vorgezogene Parlamentswahl am 26. Oktober 2014 wurde die „neue Macht“ in Kiew demokratisch legitimiert. Die Wahlen waren „a step forward“ im Urteil der – westlichen – internationalen Wahlbeobachter und ein „Sieg der Demokratie“ in der Einschätzung der Europäischen Union.

Zum Präsidenten gewählt wurde im ersten Wahlgang der Magnat Petro Poroschenko – ein Mann mit einem außergewöhnlichen politischen Instinkt. In der Wahl zur Werchowna Rada gewann das „patriotische Lager“, mehrheitlich der „Block Petro Poroschenko“/„BPP“. Die „Majdan-Parteien“ bildeten im Parlament eine Regierungskoalition mit dem Namen „Europäische Wahl“ und wählten den Vorsitzenden der Partei „Volksfront“, Arsenij Jacenjuk, zum Premierminister („ein Himmelfahrtskommando“, wie er selbst sagte). Der „Oppositionelle Block“, in welchem sich die – nach der Flucht „ihres“ Präsidenten heimatlosen – „nationalistischen“ Politiker seiner Regime-„Partei der Regionen“ sammelten, hatte schon mit ihrer Namensgebung vor der Wahl ihre zukünftige Rolle angesagt.

Die Aufklärung (de facto eher eine „Verdunkelung“) des – bis heute (2020) ungesühnten – „Majdan-Massakers“ durch die personell neu besetzten zuständigen Behörden wurde durch

die Flucht der Täter, die Vernichtung von Beweismitteln – und durch Behinderung der Ermittlungen – sabotiert. Ein internationales Berater-Gremium („International Advisory Panel“) des Europa-Rates kam in seinem Bericht vom 31. März 2015 zu dem Schluss, dass die Ermittlungen in vieler Hinsicht die Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht erfüllten.

Die Frage nach der Legitimität der „Revolution der Würde“, wie der „Majdan“ nach seinem Sieg genannt wurde, ist müßig: Der Aufstand war die Ausübung von „gerechter Gewalt“ gegen ein Unrechtsregime durch den Souverän, durch den „Demos“ – das Volk.

Der „Majdan“ war, wie die Orangene Revolution zehn Jahre zuvor, eine unvollendete Revolution; zwar wurde die formal-demokratische Ordnung wiederhergestellt, doch kam es nach dem Sieg des Volksaufstandes nicht zu einem Systemwechsel, sondern nur zu einem Machtwechsel innerhalb der politischen Klasse. Dennoch bedeutete der „Majdan“ für die Ukraine – die keine „künstliche“ Nation ist, wie es selbst renommierte deutsche Politiker und Historiker sehen, sondern eine Nation „in statu nascendi“ – eine Selbstvergewisserung ihrer nationalen Identität, einen Schub in ihrem „nation building“ Prozess. Präsident Putin, der die Ukraine „einen Fehler der Geschichte“ nannte, war entgegen seiner Absicht „Geburtshelfer“ bei der Neugeburt der ukrainischen Nation.⁸ Der „ukrainische Nationalismus“, vor dem er und die russischen Medien unablässig warnen, ist ein defensiver Patriotismus; und der angeblich bedrohliche „ukrainische Faschismus“ ist ein russischer Popanz.

Und – entgegen dem Trend in der Europäischen Union – widerspricht das im Verlauf des „Majdan“ erwachte ukrainische Nationalgefühl nicht dem europäischen Zugehörigkeitsgefühl der Mehrheit der Ukrainer.

Winfried Schneider-Deters
Kiew und Heidelberg im Oktober 2020

8 Siehe den Essay des Autors, der in dem Online-Magazin „Ukraine-Nachrichten“ erschienen ist. Schneider-Deters, Winfried: Der „Euro-Majdan“ – Neugeburt der ukrainischen Nation, in: Ukraine-Nachrichten, 09.04.2015; https://ukraine-nachrichten.de/euro-majdan-neugeburt-ukrainischen-nation_4242.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Anmerkungen zur Umschrift	23
Abkürzungsverzeichnis	29
Teil I:	
Brüssel und Moskau – Integrationskonkurrenz um die Ukraine	35
Kapitel I.1	
Ausbruch der latenten Integrationskonkurrenz	37
Kapitel I.2	
Die „strategische Wahl“ der Ukraine zwischen europäischer und eurasischer Integration	41
I.2.1 Das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine	41
I.2.2 Die Ukraine vor einer existentiellen Entscheidungsfrage.....	42
Kapitel I.3	
„Fürles Liste“ – die Brüsseler Bedingungen für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens	44
Kapitel I.4	
Die „eurasische Karte“ im Assoziierungspoker zwischen Brüssel und Kiew – ein Bluff?	50
Kapitel I.5	
„Doppelte Mitgliedschaft“ – die Formel „3 plus 1“	53
Kapitel I.6	
Das XVI. EU-Ukraine Gipfeltreffen – Diplomatische Entspannung zwischen Brüssel und Kiew	56
I.6.1 „Politische Assoziierung und ökonomische Integration“ – die neue Formel...	56
Kapitel I.7	
Drohungen und Lockungen: Moskaus Druck auf Kiew	64
I.7.1 Russische „Besorgnisse“	64
I.7.2 Einfuhrbehinderungen – ein kontraproduktives Druckmittel.....	67
I.7.3 Die „starke Botschaft“ der Europäischen Union	72
I.7.4 Der ominöse „Maßnahmen-Komplex“	74
I.7.5 Die Kommunistische Partei – Moskaus „Fünfte Kolonne“ in der Ukraine	78
I.7.6 „Wir sind ein Volk“ – Putins „völkisches“ Postulat	79

Kapitel I.8	
Die „europäische Woche“ in Kiew – Präsident Janukowytschs „historische Entscheidung für Europa“	82
Kapitel I.9	
Das ukrainische Dilemma der Europäischen Union.....	86
I.9.1 „To sign or not to sign ... “ – die Europäische Union vor einer historischen Entscheidung.....	86
I.9.2 Schwelender Dissens zwischen den nationalen Regierungen der Europäischen Union.....	88
Kapitel I.10	
Das Problem Tymoschenko – „letztes Hindernis“ auf dem Weg nach „Vilnius“	91
Kapitel I.11	
Die „Monitoring Mission“ des Europäischen Parlaments – eine „mission impossible“	114
Kapitel I.12	
Die finale Phase vor „Vilnius“	119
I.12.1 Das Europäische Parlament – die Entschließung vom 23. Oktober 2013	119
I.12.2 Die Abschlussvorstellung im ukrainischen Parlament – in der Regie der Präsidialadministration	120
Kapitel I.13	
Das Debakel von Vilnius – der gescheiterte „historische Gipfel“ der „Östlichen Partnerschaft“	126
I.13.1 Abbruch des Assoziierungsprozesses durch die Ukraine	126
Kapitel I.14	
Die „offene Tür“ der Europäischen Union	135
I.14.1 Die Europäische Union – gute Miene zum bösen Spiel.....	135
I.14.2 Fortsetzung des „Dialogs“ zwischen Brüssel und Kiew – „um der ukrainischen Bevölkerung willen“	136
Kapitel I.15	
Gründe für Janukowytschs Meinungsumschwung.....	139
I.15.1 Die offizielle Begründung	139
I.15.2 Die Unterschrift des Präsidenten Janukowytsch – eine Frage des Geldes?	140
I.15.3 Janukowytschs „europäischer Integrationskurs“: ein Täuschungsmanöver?....	146

Kapitel I.16	
Die Reaktionen auf den Fehlschlag von Vilnius	149
I.16.1 Die „Partei der Regionen“: Rechtfertigungsnot statt Siegesstimmung	149
I.16.2 Die Ohnmacht der Opposition – Forderung nach Rücktritt der Regierung....	152
I.16.3 Die Europäische Union: Unverhohlene Enttäuschung	154
I.16.4 Russland: verhohlene Genugtuung.....	156
Kapitel I.17	
Aus der Rückschau: Was geboten gewesen wäre	160
I.17.1 Die Europäische Union: Strategische Myopie	160
I.17.2 Die Mitschuld der Europäischen Union an dem integrationspolitischen Debakel von Vilnius.....	161
I.17.3 Brüssel: Späte Einsicht	163
I.17.4 Vorenthalte Beitreitsperspektive	167
I.17.5 „Arrangement“ mit Russlands eurasischem Integrationsprojekt	169
Kapitel I.18	
Der „trilaterale Konsultationsprozess“: Nachverhandlungen mit Russland	172
I.18.1 Dreiseitige Konsultationen	172
I.18.2 Dreiseitige Verhandlungen über ein zweiseitiges Abkommen – die „russische Liste“	174
I.18.3 Die Suche nach „praktischen Lösungen“ zur Ausräumung russischer „Besorgnisse“	176
I.18.4 Aufkündigung des GUS-Freihandelsabkommen.....	182
Kapitel I.19	
Nach dem Sieg des „Majdan“ – Unterzeichnung und Ratifizierung des Assoziierungsabkommens.....	185
I.19.1 Unterzeichnung des politischen Teils – Aufschub der Anwendung des wirtschaftlichen Teils	185
I.19.2 Vier Jahre nach „Vilnius“: Das Assoziierungsabkommen EU-Ukraine in Kraft.....	186
Kapitel I.20	
Die EU-assozierte Ukraine – der Traum und die Wirklichkeit.....	189
I.20.1 Die Krise in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine	189
I.20.2 Die Umsetzung des Assoziierungsabkommens	197

Teil II:

Der „Majdan“ – der Volksaufstand gegen das kleptokratische Regime des Präsidenten Janukowytsch	201
Kapitel II.1	
Janukowytschs Kursänderung: Die „Ermordung eines Traums“.....	203
II.1.1 Janukowytschs „größter Fehler“.....	203
II.1.2 Der „Euro-Majdan“ – eine Protest-Bewegung der akademischen Jugend	204
II.1.3 Die erste „Viče“ – eine spontane Versammlung Kiewer Bürger.....	205
II.1.4 Die Vereinigung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition	207
II.1.5 Der Tag „nach Vilnius“ – blutige Niederknüppelung des Protests	209
II.1.6 Der „Sturm“ auf die Präsidialadministration – eine Inszenierung des Regimes? ..	216
II.1.7 Besetzung von öffentlichen Gebäuden in Kiew	222
Kapitel II.2	
Vom Protest zum Aufstand – vom „Euro-Majdan“ zum „Majdan“	226
II.2.1 Volkes Zorn – die „Nationalisierung“ des „Majdan“	226
II.2.2 Der gescheiterte „Sturm“ des Berkut auf den Majdan am 11. Dezember	230
Kapitel II.3	
Solidarisierung des Westens mit dem „Euro-Majdan“.....	231
II.3.1 Die diplomatischen „Besorgnisse“ der Europäer	231
II.3.2 „Besuch eines Europäers bei Europäern“ – der deutsche Außenminister Westerwelle auf dem Majdan	232
II.3.3 Sanktionen – das Dilemma der Europäischen Union.....	234
II.3.4 Enttäuschung über „Europa“	246
II.3.5 Der Europa-Rat – Die Ukraine-Resolution der Parlamentarischen Versammlung vom 30. Januar 2014.....	247
II.3.6 Die USA – Sanktionen	250
Kapitel II.4	
Der „Euro-Majdan“ aus Sicht des Kreml – ein „Pogrom“	256
II.4.1 Moskaus sichtbare Hand	256
II.4.2 Die Erklärung internationaler Osteuropa-Experten über den „Kiewer Euro-Majdan“	259
II.4.3 Der „Majdan“ – keine anti-russische Bewegung	261
II.4.4 Der „Majdan“: kein ukrainischer „Ost-West-Konflikt“.....	262
Kapitel II.5	
Der Versuch einer gewaltsamen Lösung am 11. Dezember 2013	265
II.5.1 Der „Krawtschuk-Tisch“	265
II.5.2 Der nächtliche „Šturm Majdana“	266
II.5.3 Die „Volksvereinigung Majdan“ – die gesellschaftliche Organisation des Volksaufstands	269

Kapitel II.6	
Die „Notstandsgesetzgebung“ vom 16. Januar 2014	273
II.6.1 „Legalisierung der Diktatur“	273
II.6.2 Die ausländische Reaktion auf die Verabschiedung der „Gesetze vom 16. Januar“	277
Kapitel II.7	
Der „19. Januar“ 2014: Ausbruch von Gewalt	279
II.7.1 Der „friedliche Majdan“	279
II.7.2 Die achte „Volksversammlung“ auf dem Majdan Nezaležnosti – Ruf nach einem „Führer des Widerstandes“	279
II.7.3 Die Straßenschlacht in der unteren Hruševs'kyj-Straße	283
II.7.4 Die ersten Todesopfer	286
Kapitel II.8	
Scheinverhandlungen	289
II.8.1 Präsident Janukowytsch – Aufruf zum Dialog	289
II.8.2 Verhandlungen der Opposition mit dem Präsidenten	291
II.8.3 Geheime Vorbereitung des Ausnahmezustands?	297
Kapitel II.9	
Die Ausbreitung des Aufstands	304
II.9.1 Der „Volksrat“ – ein Parallel-Parlament	304
II.9.2 Besetzung von Verwaltungsgebäuden in weiten Teilen des Landes	305
Kapitel II.10	
Die Teil-Kapitulation des Regimes – Rücktritt des Premierministers Azarov und Rücknahme der „Notstandsgesetzgebung“	308
Kapitel II.11	
Das zweite „Amnestie-Gesetz“ – eine Falle?	312
II.11.1 Die Novellierung des ersten Amnestie-Gesetzes	312
II.11.2 „Geiseln“ im Tausch gegen Gebäude	317
Kapitel II.12	
Auf dem Wege zu einer friedlichen Regelung der „politischen Krise“?	320
II.12.1 „Hab keine Angst!“ – Verhärtung des Widerstands	320
II.12.2 Freilassung der „Geiseln“ und Freigabe besetzter Gebäude	322
II.12.3 Verhandlungen der Opposition mit Generalstaatsanwalt Pšonka	324
II.12.4 Bedingte Freigabe des Kiewer „Rathauses“	326
II.12.5 Die „Viče“ vom 16. Februar 2014 – die letzte Volksversammlung auf dem Majdan	328
II.12.6 „Rückkehr zur Verfassung von 2004“ – ein möglicher Ausweg aus der „Krise“?	330

Kapitel II.13	
Die formierten Kräfte der gegnerischen Lager vor dem „Endkampf“	334
II.13.1 Die parlamentarische Opposition gegen das Regime Janukowytsch.....	334
II.13.2 Die „Selbstverteidigung des Majdan“ („Samooborona“)	338
II.13.3 Der „Anti-Majdan“.....	341
II.13.4 Die Sicherheitskräfte des Regimes.....	344
II.13.5 „Titušky“ – staatlich lizenzierte Hooligans als „Hilfspolizei“	347
II.13.6 Die Armee – „treu dem Volke“ oder dem Regime?.....	353
Kapitel II.14	
Das blutige Ende des „Majdan“	362
II.14.1 Die Einsatzplanung für die Offensive der Sicherheitskräfte des Regimes.....	362
II.14.2 Die „friedliche Offensive“ der Opposition im Parlament	364
II.14.3 Die „friedliche Offensive“ der außer-parlamentarischen Opposition	366
II.14.4 Die gewaltsame Offensive des Regimes.....	370
II.14.5 „Targeted killing“ – Scharfschützen gegen Straßenkämpfer	377
II.14.6 Der 18. Februar 2014 – der nächtliche „Sturm“ auf den Majdan	378
II.14.7 Nächtlicher Besuch der oppositionellen „Trojka“ bei Janukowytsch.....	384
II.14.8 Die blutige Zwischenbilanz des 18. Februar.....	386
II.14.9 Oligarchen gegen Gewalt.....	396
II.14.10 Der Gegenangriff der „Verteidiger des Majdan“: Rückeroberung von verlorenem „Majdan-Terrain“.....	399
II.14.11 Das Massaker vom 20. Februar.....	401
II.14.12 Schusswaffengebrauch der Straßenkämpfer des „Majdan“?	404
II.14.13 Die „Himmlische Hundertschaft“ – die blutige Bilanz des „Drei-Tage-Krieges“ in Kiews Straßen.....	407
Kapitel II.15	
Krisen-Diplomatie – die europäische Vermittlungsmision	409
II.15.1 Sanktionen der Europäischen Union	409
II.15.2 Konfliktmediation der Europäischen Union.....	411
II.15.3 Die Unterzeichnung der Vereinbarung „über die Regulierung der Krise“	415
II.15.4 Das Ergebnis der Verhandlungen: ein Scheinerfolg der Opposition?	418
II.15.5 Diplomatische Kommentare zum „Friedensabkommen“	420
Kapitel II.16	
Janukowytschs Kontroll-Verlust im Parlament	424
II.16.1 Die Defektion der Opportunisten – Seitenwechsel in der Werchowna Rada	424
II.16.2 Die außerordentliche Sitzung der Werchowna Rada am 20. Februar – Sieg der Opposition im Parlament.....	427

Kapitel II.17	
Ablehnung des „Friedensabkommens“ durch den „Majdan“	431
II.17.1 Verhandlungen – ohne den „Majdan“	431
II.17.2 Die Rechtfertigung der Oppositionsführer vor dem „Volk des Majdan“	433
II.17.3 Der Sotnyk Parasjuk – der „Held des Tages“	436
Kapitel II.18	
Der Sieg des „Majdan“	443
II.18.1 Die Einnahme des Regierungsviertels durch die Aufständischen	443
II.18.2 Der Abzug der Sicherheitskräfte des Regimes: Eine geordnete Fahnenflucht?	444
II.18.3 Die Flucht der Komplizen des Präsidenten	449
II.18.4 Die Flucht des Präsidenten Janukowytsch	451
Kapitel II.19	
Die „Revolutionen“ der Jahre 2004/2005 und 2013/2014 im Vergleich	458
II.19.1 Unvollendete Revolutionen	458
II.19.2 Der „Majdan“ – kein politischer System-Wechsel	459
Kapitel II.20	
Der „Majdan“ – Neugeburt der ukrainischen Nation	462
II.20.1 Krise der nationalen Identität	462
II.20.2 Der „ukrainische Nationalismus“ – ein defensiver Patriotismus	468
Teil III:	
Der parlamentarische Machtwechsel in Kiew	471
Kapitel III.1	
Eine parlamentarische Machtergreifung	473
III.1.1 Machtwechsel per Eilgesetzgebung	473
III.1.2 Oleksandr Turčynov – neuer Präsident der Werchowna Rada	474
III.1.3 Die Amtsenthebung des Präsidenten Janukowytsch	477
III.1.4 Parlamentarische Machtsicherung	482
III.1.5 Oleksandr Turčynov – Wahl zum Staatspräsidenten ad interim durch das Parlament	483
III.1.6 Aufhebung des Sprachengesetzes – die Ursünde der „neuen Macht“	484
III.1.7 Das „Friedensabkommen“ vom 21. Februar 2014: Makulatur	486
Kapitel III.2	
Julija Tymoschenko und der „Majdan“	488
III.2.1 Julia Tymoschenko: die ukrainische Hoffnungsträgerin der Europäischen Union	488
III.2.2 Freilassung durch Gesetzesänderung	490
III.2.3 „Freiheit für Julija, aber nicht die Macht!“ – Tymoschenko auf dem Majdan	493

Kapitel III.3	
Auf der politischen Bühne – die alte Vorstellung	497
III.3.1 Die erste Regierung des Premierministers Jacenjuk – ein „Himmelfahrtskommando“	497
III.3.2 Die „Majdan-Quote“ in der Regierung	500
Kapitel III.4	
Der „Majdan“ und die „neue Macht“	504
III.4.1 „Der Mohr kann gehen“	504
III.4.2 „Lustration!“	507
Kapitel III.5	
Die internationale Reaktion auf den Machtwechsel in Kiew	512
III.5.1 Prompte Anerkennung im Westen	512
III.5.2 Die Reaktion in Moskau: „Staatsstreich“	513
Kapitel III.6	
Der „Post-Majdan“ – revolutionäre Nachwelen	522
III.6.1 Das Zeltdorf auf dem Majdan – Zuflucht für Obdachlose?	522
III.6.2 Die „friedliche“ Räumung des Majdan	524
Kapitel III.7	
Die Frage nach der Legitimität des „Majdan“	529
III.7.1 Eine „Revolution der Würde“	529
Kapitel III.8	
Die demokratische Legitimierung des „Majdan“ durch Wahlen	533
III.8.1 Die vorgezogene Präsidentschaftswahl vom 25. Mai 2014	534
III.8.2 Petro Poroschenko – der eigentliche Sieger des „Majdan“	536
III.8.3 Die Parlamentswahlen vom 26. Oktober 2014	541
III.8.4 Die „Majdan-Parteien“ – Wahlsiege und Wahlniederlagen im patriotischen Lager	550
III.8.5 Die „Anti-Majdan-Parteien“ – in der Opposition	556
III.8.6 Von den Barrikaden ins Parlament – die „Kinder der Revolution der Würde“	565
III.8.7 Das Wahlergebnis im Osten	568
III.8.8 Die internationale Wahlbeobachtung: „a step forward“	572
III.8.9 Die Europäische Union: „Sieg der Demokratie“	575
III.8.10 Moskau: Putins Klage	576

Kapitel III.9	
Das neue Parlament der VIII. Legislaturperiode	578
III.9.1 Das Kräfteverhältnis im neuen Parlament – Anzahl der Sitze der Parteien und ihrer Fraktionen	578
III.9.2 Die neue (Regierungs-)Koalition „Europäische Ukraine“	579
III.9.3 Die „alte Ordnung“ – wiederhergestellt.....	582
Kapitel III.10	
Die Aufklärung des „Majdan-Massakers“ – „Verdunkelung“ durch die neue Macht ?.....	586
III.10.1 Das „Majdan-Massaker“ – ungesühnt.....	586
III.10.2 Die „Schwarze Kompagnie“ der Bereitschaftspolizei „Berkut“ – die Hauptverdächtige	590
III.10.3 Behinderung der Ermittlungen – „von oben“?	593
III.10.4 Tödliche Schüsse auf die Polizei.....	609
III.10.5 Moskaus unsichtbare Hand.....	614
III.10.6 Der Europa-Rat: „Kein substanzialer Fortschritt“ in den Majdan-Ermittlungen.....	617
Kapitel III.11	
Das „Majdan-Massaker“ – eine Operation „unter falscher Flagge“?.....	620
III.11.1 Die befremdlichen Eindrücke des estnischen Außenministers Urmas Paet ...	621
III.11.2 Die „Story“ des britischen Journalisten Gabriel Gatehouse.....	627
III.11.3 Der „Monitor“-Report von Stefan Stuchlik – „öffentlich-rechtliche“ Fake News	628
III.11.4 Das „Majdan-Massaker“: eine „geplante Operation der Opposition“ – Die „conspiracy theory“ des ukrainisch-kanadischen Politologen Ivan Katchanovski	633
Kapitel III.12	
Die „Strafsache Majdan“ – Einstellung der Ermittlungen?	643
Kapitel III.13	
Nachtrag: Der Gefangenenaustausch vom 29. Dezember 2019 – Mörder gegen politische Häftlinge	647
III.13.1 Austausch auf Kosten der Gerechtigkeit?	647
III.13.2 Das „Majdan-Massaker“ – auf immer ungesühnt?	653
III.13.3 Angriff der „Revanchisten“ auf das „Majdan“-Narrativ.....	661

Inhaltsverzeichnis

Quellen	665
Literatur	667
Autoreninformation	679

Teil I: **Brüssel und Moskau – Integrationskonkurrenz um die Ukraine¹**

1 Für eine detaillierte Beschreibung der „Ukraine-Politik“ der Europäischen Union und der „Euro-Integrationspolitik“ der Ukraine ab Mitte des Jahres 2012 bis Mitte des Jahres 2013 siehe: Winfried Schneider-Deters: Die Ukraine im Zentrum jeder Osteuropapolitik, in: Erich Reiter (Hg.): Die strategische Lage im Osten der EU, Wien (Internationales Institut für Liberale Politik/IILP) Mai 2014, S. 35–72. Internet-Buch: <Die strategische Lage im Osten der EU.pdf>. Projekt: Die gestalterischen Möglichkeiten der EU, Österreichs und der ostmitteleuropäischen Staaten angesichts der strategischen Lage im Osten der EU. Internationales Institut für Liberale Politik/IILP und Direktion für Sicherheitspolitik des sicherheits- und verteidigungspolitischen Beratungsorgans des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport, des Generalstabschefs des Österreichischen Bundesheeres und anderer Dienststellen des Ministeriums.

Kapitel I.1

Ausbruch der latenten Integrationskonkurrenz

Die Bildung der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS; russ.: Sodružestvo Nezavisimych Gosudarstv/SNG) nach Auflösung der Sowjetunion durch die Präsidenten der drei ehemaligen Sowjetrepubliken Russland, Ukraine² und Belarus am 8. Dezember 1991 in Belovežskaja pušča (Belarus)³ war für Leonid Krawtschuk, den ersten Präsidenten der unabhängigen Ukraine, eine „zivilisierte Form der Trennung“; für den russischen Präsidenten Boris Jelzin – und seinen Nachfolger Wladimir Putin – war es eher der Versuch, die „neuen unabhängigen Staaten“ unter der Vorherrschaft Russlands zusammenzuhalten.⁴

Aufgrund der enormen Größenunterschiede zwischen der Russländischen Föderation und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken – des kontinentalen Ausmaßes seiner Fläche und der Zahl seiner Bevölkerung – spielt Moskau in jedem (Re-)Integrationsprojekt im postsowjetischen Raum unweigerlich eine dominierende Rolle; doch nicht nur aus diesem Grund, sondern auch deshalb, weil Russland offen neo-imperiale Prätensionen kultiviert. Die Ukraine versuchte sich – zusammen mit einigen anderen „neuen unabhängigen Staaten“ – durch die Bildung einer Untergruppe im Rahmen der GUS, der GU(U)AM Staaten Georgien, Ukraine (zeitweise Usbekistan), Armenien und Aserbaidschan, sich der „Übermacht“ der Russländischen Föderation zu erwehren.⁵

Bis zum Jahre 2008 konnte von einer „Integrationskonkurrenz“ zwischen Moskau und Brüssel um die Ukraine nicht die Rede sein. Die Europäische Union verortete die Ukraine expressis verbis in ihrer „Nachbarschaft“: In der im Jahre 2004 initiierten „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) figuriert die osteuropäische Ukraine in einem „ring of friends“ (Javier Solana⁶) auf einer Stufe mit den nordafrikanischen und westasiatischen Anrainer-Staaten des Mittelmeers wie Marokko und dem Libanon.⁷ Und auch die im Jahre 2008 vorgenommene „Korrektur“ der „ENP“ durch die Politik der „Östlichen Partnerschaft“ (ÖP), in die sie die ehemaligen Sowjetrepubliken Belarus, Moldawien (Republik Moldau) und die Uk-

2 Obwohl Gründungsmitglied der GUS wurde die Ukraine nie Vollmitglied in dieser Gemeinschaft.

3 Mit dem Vertrag von Belovežskaja pušča (russ.: Belovežskoe soglašenie o sozdanií Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv) hörte die Sowjetunion (Sojuz Sovetskikh Socialističeskikh Respublik) als „Subjekt des Völkerrechts“ auf zu existieren.

4 Auch der Präsident Kasachstans, Nursultan Nazarbaev, setzte sich für die eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der ehemaligen Sowjetrepubliken ein; in der Folgezeit war er ein williger Partner in Präsident Putins eurasischen Integrationsprojekten.

5 Siehe: GUUAM – Porjadok i kooperacija v postsovetskom prostransve (GUUAM – Ordnung und Kooperation im post-sowjetischen Raum), Beiträge zur internationalen Konferenz der Friedrich Ebert Stiftung, Tiflis, 16. und 17. Oktober 2001; Tiflis 2002.

6 Francisco Javier Solana de Madariaga, ehemaliger Hoher Repräsentant der Europäischen Union für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Generalsekretär des Europäischen Rates.

7 Siehe Winfried Schneider-Deters: Die palliative Ukrainepolitik der EU. Ein Plädoyer für ein neues Denken, in: Osteuropa 1/2005, S. 50–63.

raine („Zwischeneuropa“, d. h., den Raum zwischen der Russländischen Föderation und der Europäischen Union) sowie die ehemaligen Sowjetrepubliken des südlichen Kaukasus, Georgien, Armenien und Aserbaidschan einbezog, wurde ausdrücklich als Alternative zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union konzipiert. Bis heute (2020), auch nach dem „Euro-Majdan“ (2013/2014), gewährt die Europäische Union (in offiziellen Dokumenten) der Ukraine keine Aussicht auf eine eventuelle Mitgliedschaft – auch nicht nach Abschluss des Ratifizierungsprozesses, mit dem das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine in Kraft getreten ist.

Russland war nach der Auflösung der Sowjetunion bestrebt, die ehemaligen Sowjetrepubliken, sein „nahes Ausland“, wieder an sich zu binden. Bereits zu Beginn seiner ersten Amtszeit als Premierminister im Jahre 1999 artikulierte Wladimir Putin das Ziel der faktischen Re-Union der ehemaligen Unionsrepubliken: In der „Mittelfristigen Strategie für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union für die Jahre 2000 bis 2010“, die im November 1999 verabschiedet wurde, heißt es unter Punkt 1.8: „.... die Entwicklung der Partnerschaft (der Russländischen Föderation) mit der Europäischen Union sollte dazu beitragen, Russlands Rolle als führende Macht bei der Gestaltung eines neuen Systems zwischenstaatlicher politischer und ökonomischer Beziehungen im GUS-Raum zu konsolidieren.“⁸

Eine gewisse Konkurrenz zwischen den beiden Gravitationspolen Brüssel und Moskau um die *innere* Ordnung der Ukraine trat erstmals während der „Orangen Revolution“ im Jahre 2004 in der Ukraine zu Tage, als sich die Europäische Union in den Konflikt zwischen dem autoritären Regime des Präsidenten Kutschma und seinem designierten Nachfolger, seinem Premierminister Viktor Janukowytsch einerseits und dem Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Opposition, Viktor Juschtschenko und dessen Anhängern andererseits – vermittelnd – einmischt; die Europäische Union ließ erkennen, dass ihr die innenpolitischen Verhältnisse der Ukraine nicht gleichgültig waren und sie an ihrer Ostgrenze eine demokratisch verfasste Ukraine wünschte – ohne auf deren außenpolitische Ausrichtung Einfluss nehmen zu wollen.

Der russische Präsident Putin ergriff offen Partei für den als „pro-russisch“ geltenden Viktor Janukowytsch – nicht nur, weil er die Ansteckung Russlands mit dem „orangen Virus“ fürchtete, sondern weil er annehmen musste, dass die ukrainische Beteiligung an seinem eurasischen Integrationsprojekt, dem „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ (russ.: „Edinoe ékonomičeskoe prostranstvo“), auf das sich der damalige ukrainische Präsident Leonid Kutschma eingelassen hatte, mit der Wahl des oppositionellen Viktor Juschtschenko zum Präsidenten der Ukraine von der Tagesordnung gestrichen werden würde. Durch den Sieg der „Orangen Revolution“, d. h., durch die Wahl des oppositionellen Kandidaten Juschtschenko zum Präsidenten der Ukraine in der (vom Obersten Gericht angeordneten) dritten Runde der Präsidentschaftswahlen scheiterte dann tatsächlich die von Putin verfolgte Ein-

8 Strategija razvitiija otноšenij Rossijskoj Federacii s Evropejskim Sojuzom na srednesročnuju perspektivu (2000–2010), in: Diplomičeskij Vestnik, Nr. 11, November 1999. S. 20ff.

beziehung der Ukraine in den „Einheitlichen Wirtschaftsraum“. Wäre Viktor Janukowytsch damals Präsident geworden, dann wäre die Ukraine bereits im Jahre 2005 (wahrscheinlich unumkehrbar) in den Orbit Moskaus zurückgekehrt.

Seit dem Amtsantritt des – in westlichen Medien als „pro-russisch“ apostrophierten – Präsidenten Viktor Janukowytsch im Februar 2010 drängte Moskau die Ukraine (und die anderen „östlichen Partner“ der Europäischen Union, insbesondere Armenien und Moldawien) zur Mitgliedschaft in dem lapidar „Zollunion“ (russ.: „Tamožennyj sojuz“) genannten gemeinsamen Zollgebiet der drei Staaten Russländische Föderation, Belarus und Kasachstan.

Erst seit dem russisch-georgischen „Fünf-Tage-Krieg“ im August 2008 ist die Existenz einer – latenten – Integrationskonkurrenz zwischen der Europäischen Union und Russland nicht mehr zu bestreiten. Motiviert durch seinen Verhandlungserfolg in Moskau gestand der französische Staatspräsident Sarkozy in seiner Funktion als Präsident des Europäischen Rates auf dem EU-Ukraine Gipfeltreffen am 9. September 2009 in Paris dem ukrainischen Präsidenten Juschtschenko zu, das Nachfolgeabkommen zu dem im Jahre 2008 auslaufenden „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“ (PKA) als „Assoziierungsabkommen“ zu betiteln. Bis dato wollte Brüssel nur über ein „vertieftes“ Partnerschafts- und Kooperationsabkommen verhandeln. In der Amtszeit des Präsidenten Viktor Juschtschenko hatte das „orangene Chaos“ in der Ukraine in Brüssel erneut (wie bereits in der zweiten Amtszeit des Präsidenten Leonid Kutschma) zu einem gewissen Verdruss („Ukraine fatigued“) über die Ukraine geführt. Nur unwillig waren im Jahr 2007 Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zu dem auslaufenden PKA aufgenommen worden. Unter dem Eindruck des bewaffneten Konflikts im Kaukasus stimmten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer widerstrebend „Assoziierungsverhandlungen“ zu. Das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union ist sozusagen ein ukrainischer Kriegsgewinn.

Auch Moskau machte nach dem bewaffneten Konflikt im Süd-Kaukasus keinen Hehl mehr aus seiner Absicht, in den ehemaligen Sowjetrepubliken russischen Einfluss geltend zu machen. Im August 2008 erklärte der (damalige) russische Präsident Medwedew die „neuen unabhängigen Staaten“, die mit Russland durch „besondere historische Beziehungen verbunden“ seien, zu einer „Sphäre“, in welcher die Russländische Föderation „privilegierte Interessen“ habe. Moskau postulierte damit quasi eine „Medwedew-Doktrin“ – in einer gewissen Analogie zur „Monroe-Doktrin“ des US-Präsidenten James Monroe (1823).

Die Differenzierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik durch die Östliche Partnerschaft (ÖP) im Jahre 2009 betrachtete der Kreml zwar als eine erneute „Osterweiterung“ des politischen Einflussgebietes der Europäischen Union, doch nahm Moskau die „ÖP“ ohne offenen Protest hin – wohl auch deshalb, weil die „ÖP“ nicht als Vorbereitung der betreffenden Staaten auf die Mitgliedschaft in der EU konzipiert und expressis verbis als Alternative dazu formuliert war. Die von Brüssel angebotene Einbeziehung Russlands lehnte Moskau allerdings ab. Bis zur Mitte der Amtszeit des Präsidenten Janukowytsch galt die Ukraine als Hoffnungsträger dieser „Östlichen Partnerschaft“ – bis die Moldauische Republik ihr (vorübergehend) den Rang abrief.

Teil I: Brüssel und Moskau – Integrationskonkurrenz um die Ukraine

Die latente Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau um die Ukraine brach offen aus, als die Unterzeichnung des (bereits im Dezember 2011 fertig ausgehandelten und seither auf Eis liegenden) Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine nach dem EU-Ukraine Gipfeltreffen am 25. Februar 2013 in den Bereich des Möglichen trat.